

Notizen

Gegen den absoluten Heilsanspruch im politisch-gesellschaftlichen und im persönlichen Bereich“ mit religiöser Begründung hat sich die Berliner Bürgermeisterin und Schulsenatorin *Hanna-Renate Laurien* (CDU) gewandt. „Wer Politik mit religiösem Eifer vertritt, landet bei Khomeini.“ Es gebe in den konkreten politischen Fragen „keine christlichen Essentials mit Ausschlußcharakter“. Das Zweite Vatikanische Konzil habe auch keine „Festlegung auf eine Gesellschaftsordnung“ vollzogen, doch sei mit der Forderung nach Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und Recht „nachdrücklich der Vorrang der Demokratie“ ausgesprochen.

Gerüchten, der Vatikan plane eine Art „Kirchensteuer für die Weltkirche“, ist der Präsident der Wirtschaftspräfektur des Heiligen Stuhles, Kardinal *Giuseppe Caprio*, einem Interview mit der in Mailand erscheinenden Zeitschrift „Jesus“ entgegengetreten. Für die wachsenden Haushaltsschwierigkeiten des Vatikans seit Ende der siebziger Jahre machte der Kardinal neben dem eher bescheidenen Personalzuwachs (von 2588 auf 3206 in den letzten 15 Jahren) die gestiegenen Lohnkosten, die hohe Inflationsrate der Lira und die Zunahme der Zahl von Kurienbehörden (zwischen 1970 und 1985 von 37 auf 47) verantwortlich. Entsprechend müsse der Vatikan immer mehr auf Spenden zurückgreifen (vgl. ds. Heft S. 8). Leider sei mit Ausnahme einer außergewöhnlichen Steigerung 1986 der *Peterspfennig* praktisch konstant geblieben. Kardinal Caprio legte Wert auf die Feststellung, daß der vatikanische Haushalt weder durch die IOR-Verluste im Skandal um den Banco Ambrosiano noch durch die Papstreisen belastet werde.

Bei Konzerten in Kirchen soll keine „nicht religiös inspirierte“ Musik aufgeführt werden. Diese Richtlinie findet sich in einem *Dokument der vatikanischen Gottesdienstkongregation* vom 5. Dezember, das grundsätzliche Überlegungen und praktische Hinweise zur Musik im Gottesdienst und zu Konzerten in Kirchen enthält. Das Dokument (wir werden im nächsten Heft ausführlicher auf es zurückkommen) möchte den Bischöfen dabei helfen, „gültige pastorale Entscheidungen zu treffen“, wobei sie auf die sozio-kulturelle Situation Rücksicht nehmen sollen. Die Bestimmungen des Dokuments sollten, so heißt es, keine mangelnde Wertschätzung der Musik bedeuten.

Der Rat der Katholischen Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) tagte Ende November in Ljubljana. Bei der Tagung in der slowenischen Hauptstadt (der dortige Erzbischof *Alois Šuštar* war langjähriger Sekretär der CCEE) ging es vor

allem um die Vorbereitung von Veranstaltungen, die vom Rat getragen oder mitgetragen werden: Im Herbst 1988 findet in Erfurt das vierte ökumenische Treffen von CCEE und KEK (der Konferenz Europäischer Kirchen) statt; es steht unter dem Motto „Dein Reich komme“. Das nächste Symposium der europäischen Bischöfe soll im Oktober 1989 in Rom stattfinden und der Haltung zu Leben und Tod gewidmet sein.

Zum neuen Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg wurde am 25. November 1987 der Stuttgarter Prälat *Theo Sorg* (58) gewählt. Er erhielt 106 von 109 abgegebenen Stimmen. Sorg tritt im April dieses Jahres die Nachfolge von Landesbischof *Hans von Keler* an, als dessen theologischer Stellvertreter er seit 1983 amtierte. Sorg, der im württembergischen Pietismus beheimatet ist, ist auch Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft missionarische Dienste“ in der EKD, die im Februar 1987 in Stuttgart einen sehr gut besuchten und viel beachteten Pfarrerkongreß über „Gemeinde bauen in der Volkskirche“ veranstaltete (vgl. HK, April 1987, 159–161).

Gegen die Aufnahme von Türken- und Judenwitzen in Schulbücher hat sich der Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, der Fernsehjournalist *Paul Schulmeister*, gewandt. Konkret ging es dabei um das Kapitel „Humor kennt keine Grenzen“, in dem erst im Sommer 1987 vom Österreichischen Unterrichtsministerium approbierten Buch „Lebendige Sprache II“, wo einzelne Stellen von „Rassenhaß“ und krasser Menschenverachtung gekennzeichnet seien. Die Unterrichtsministerin *Hilde Havlicek* bezeichnete die Texte „als richtigen, provokanten und pointierten Einstieg“. Schulmeister bezeichnete die Haltung der Ministerin als „unbegreiflich“ und qualifizierte diese als „empörende Empfindungslosigkeit“ speziell angesichts der besonderen aktuellen Situation Österreichs. (Gemeint waren damit vor allem Anzeichen eines wieder lauter werdenden Antisemitismus im Zuge der Auseinandersetzungen um Bundespräsident Waldheim.)

In scharfer Form hat sich der französische Theologe und Professor am Pariser Institut Catholique, *Pierre Grelot*, gegen eine Kompromißlösung im Fall Lefebvre ausgesprochen, in der die spezifischen Anliegen des Konzils nicht ausreichend berücksichtigt würden (vgl. La Croix, 5.12.87). Eine Lösung auf der Basis der nicht neuen und „zweideutigen“ Formel „Annahme des im Sinne der Tradition interpretierten Zweiten Vatikanischen Konzils“ bezeichnet Grelot als eine „Komödie“, da das Konzil ein „entscheidendes

Element der wahren Tradition, der lebendigen Tradition“ sei. Das Gegenteil zu behaupten nennt Grelot eine „Beleidigung“, eine „radikale Untreue“ gegenüber der Tradition von zwanzig Jahrhunderten und dem Leben der Kirche.

Anfang Dezember, wenige Wochen nach dem Tod des slowakischen Bischofs *Julius Gábris* (Tyrnau), starb im Alter von 82 Jahren der Apostolische Administrator von Olmütz, *Josef Vrana*. Vrana, erklärter Anhänger der Friedenspriestervereinigung *Pacem in terris* und schon vor seiner Bischofszeit dem Prager Regime nicht minder entgegenkommend als den führenden *Pacem-in-terris*-Leuten, kam, als er 1973 Apostolischer Administrator wurde, mehr durch das Insistieren des Prager staatlichen Kirchenamtes als durch den Willen des Apostolischen Stuhles und die Geistlichkeit seiner Diözese ins Amt. An seiner Beerdigung nahm als Vertreter Roms Sondernuntius *Francesco Colasuonno* teil. Nach dem Tod von Vrana werden nur noch drei der 13 Diözesen in der ČSSR von Bischöfen (davon nur zwei von residierenden) geleitet.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der internationalen christlichen Solidaritätsbewegung „*Christian Solidarity International*“ (im gewissen Sinn eine christliche, auf den Schutz benachteiligter oder verfolgter Christen und christlicher Gruppen gerichtete Parallelaktion zu Amnesty International) machte der österreichische Orientalist und Publizist *Karl Binswanger* auf *mangelnde Religionsfreiheit für Christen in islamischen Ländern* aufmerksam. Im Mittelpunkt standen dabei nicht Länder wie Saudi-Arabien, der Iran oder der Sudan, sondern die in ihrer Staatlichkeit säkular verfaßte *Türkei*. Binswanger wies u. a. darauf hin, daß den jüdisch-orthodoxen und chaldäisch-katholischen Christen weder Religionsunterricht noch eine eigene Priesterausbildung zugebilligt werde. Für die Christen in der Türkei insgesamt gelte, daß oft allein schon ein christlicher Vorname zur Diskriminierung führt. Die Türkei würde, wie die anderen islamischen Länder des Nahen Ostens, die „Christenfrage“ nur noch als Restproblem behandeln, was auch damit zusammenhänge, daß, während in der Türkei der Jahrhundertwende noch ca. 30 Prozent der Einwohner Christen waren, heute nur noch wenig Christen auf türkischem Staatsgebiet leben.

Beilagenhinweis

Einer Teilaufgabe dieses Heftes liegt ein Prospekt des Katholischen Bildungswerkes Bonn, bei.